

MMag. Daniela Vogt
2442 Ebreichsdorf

An das Parlament
Auf elektronischem Weg

Ebreichsdorf, am 22. September 2013

Betrifft: Dienstrechtsnovelle 2013 - Pädagogischer Dienst (542/ME) –
Stellungnahme im Rahmen des parlamentarischen Begutachtungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren!

Aus folgenden Gründen lehne ich den Begutachtungsentwurf zum neuen LehrerInnendienstrecht entschieden ab:

1) Eine Erhöhung der Lehrverpflichtung führt zu einer Minderung der Unterrichtsqualität!

Eine Arbeitszeiterhöhung um 40 Prozent bedeutet nicht, dass die Lehrerinnen und Lehrer mehr Zeit für das einzelne Kind haben, sondern sie haben im Schnitt zwei Klassen mehr, somit mehr Schülerinnen und Schüler, mehr Tests und Schularbeiten, mehr Korrekturen etc. Bei einer derart hohen Lehrverpflichtung werden sich einige LehrerInnen überlegen Projekte und Exkursionen zu planen, Stationenbetriebe und Materialien für einen offenen Unterricht zusammenzustellen etc. Das geht auf Kosten des einzelnen Schülers/ der einzelnen Schülerin und langfristig auf die Gesundheit der Lehrkraft.

2) Ein Bachelor-Abschluss für alle Schularten führt zu einer Nivellierung nach unten!

Ein Bachelor Abschluss für alle Schularten darf nicht genügen! AHS und BHS-LehrerInnen sollen auch in Zukunft jene Fächer, die sie wirklich interessieren und wo sie hervorragende Leistungen hervorbringen, auf Master-Niveau studieren. Ein Bachelor Abschluss für alle LehrerInnen würde nur die geplante Einführung einer Gesamtschule durch die Hintertüre ermöglichen.

3) Eine Zwangsverpflichtung, jedes Fach in jeder beliebigen Schulart zu unterrichten, ist entschieden abzulehnen!

Ein Einsatz in jeder beliebigen Schulart und in jedem beliebigen Fach ist vollkommen inakzeptabel. Nur weil jemand ein Lehramtsstudium absolviert hat, heißt das nicht, dass er oder sie jedes beliebige Fach unterrichten kann. Da

gehören Interesse, Begabung, persönliche Motivation und schließlich auch Fachliteratur dazu. Ich persönlich wäre nicht bereit jedes Jahr für ein anderes Fach die benötigte Literatur zu kaufen und mir das Fach im Selbststudium anzueignen, noch dazu wo mich vielleicht dieses Fach schon in der eigenen Schulzeit nicht interessiert hat.

LehrerInnen müssen die Fächer unterrichten, die sie selbst interessieren, die sie studiert haben und mit denen sie ihre Schülerinnen und Schüler begeistern können. Nur wer selbst für etwas brennt, kann andere entzünden.

4) Keine guten Berufsaussichten für (Jung-)leher/-innen!

Anstatt den Lehrberuf in Zeiten eines ausgeprägten LehrerInnenmangels für junge Menschen attraktiv zu machen, ist diese Berufsgruppe von Seiten diverser Politiker/-innen und Journalisten/-innen einem enormen Lehrerbashing ausgesetzt.

Hinzu kommt ein völlig unüberlegtes LehrerInnendienstrecht, das für Junglehrerinnen eine Induktionsphase mit einer 24 Stunden Unterrichtsverpflichtung vorsieht, nebenbei sollen sie die diversen Begleitveranstaltungen auf der PH besuchen und ihren Master auf der Universität machen. Und wer das nicht schafft, wird nicht weiter verwendet. Bei so einem Angebot vergeht es auch den noch so engagierten JunglehrerInnen.

Ich bin selbst in meinem dritten Jahr und habe vor zwei Jahren mein Unterrichtspraktikum absolviert. Gerade in den Anfangsjahren, wo man noch nicht so viel Erfahrung hat, kommt eine extrem hohe Vorbereitungszeit auf die JunglehrerInnen zu, das ist bei einer derart hohen Lehrverpflichtung nicht zu bewältigen. Ein Studium neben der Unterrichtstätigkeit zu absolvieren ist schier unmöglich, ich habe selbst mein drittes Unterrichtsfach neben meiner Unterrichtsverpflichtung, Dank der Unterstützung meines Direktors, abgeschlossen und weiß wie anstrengend es ist, alles unter einen Hut zu bringen.

Ich erhoffe mir eine Rücknahme des eingereichten Begutachtungsentwurfs und ein leistungsorientiertes LehrerInnendienstrecht, wo Leistung und Engagement belohnt werden und wo auch LehrerInnen die Möglichkeit haben sich neben der Schule weiterzubilden, wie z.B. ein Doktorat zu machen.

Hochachtungsvoll,

MMag. Daniela Vogt